

A. ea) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen

01) Wahlprogramm der Grünen

Sehr geehrte Damen und Herren,
als Anhang zu dieser E-Mail schicke ich Ihnen das Wahlprogramm der Grünen in der .pdf- und .docx-Version und meine eigene Auffassung dazu

Mit freundlichen Grüßen

Karin Zimmermann
Am Hang 19
53819 Neunkirchen-Seelscheid
E-Mail: info@AVIADOC.de
(Nicht parteigebunden)

<https://www.gruene.de/artikel/wahlprogramm-zur-bundestagswahl-2021>

Folgende Eindrücke zur äußerlichen Aufmachung:

1. Überzeugend gegliedert.
2. Ausgezeichnet formuliert. Zur Darstellung grüner Politik geht es nicht besser. Unangenehme Inhalte werden verbrämt in anderen Zusammenhängen versteckt.
Nur ein Beispiel: Die entschädigungslose Enteignung honorierter Sportschützen und Jäger findet sich als letzter Satz im Absatz (Den privaten Waffenbesitz tödlicher Schusswaffen wollen wir weitestgehend beenden) im Abschnitt: „**Vor Terrorismus schützen**“ auf Seite 105 (unten).
3. Das gesamte Spektrum der politischen Einflussmöglichkeiten abdeckend sind die Handlungsziele der Partei unmissverständlich ausgedrückt.
4. Die meisten Leser des Programms finden sich in ihm wieder und zwar in einer ihnen geeignet erscheinenden Form.

Inhaltlich ist der Eindruck aber ein anderer:

- A. Vom ersten Buchstaben des Programms bis zum letzten geht die Partei - irrig - davon aus, dass eine Verminderung des CO₂-Gehaltes in der Luft dazu führt, dass die Temperaturerhöhung auf der Erde gebremst werden kann. Diese Auffassung ist – Pariser Klimaschutzabkommen hin oder her – von ernst zu nehmenden Wissenschaftlern überzeugend widerlegt worden.
Es ist nun mal so, dass sich das Klima seit Millionen von Jahren ändert, ohne dass das von Menschen geändert und auch ohne, dass CO₂ dafür verantwortlich

- B. gemacht werden könnte. „Wir sind auf dem besten Wege, unsere bisher gut funktionierende, sichere, störungsfreie und preiswerte Energiewirtschaft zu zerstören“, liest man - treffend - in einem Leserbrief von Joachim Rescher, Dessau-Rosslau in der Jungen Freiheit vom 21.05.2021.
- C. Selbst wenn die von den Grünen getroffene Überzeugung richtig wäre, wäre der deutsche, ja sogar der europäische Beitrag dazu so gering, dass er sich weltweit kaum auswirken würde. Die Kosten dagegen wären so gigantisch, dass eine Realisierung zu einer Deindustrialisierung Deutschlands und zur Vernichtung zahlloser, wertvoller, hochbezahlter Arbeitsplätze führen würde.
- D. Etwas Anderes dagegen ist richtig: CO₂ ist ein Dünger, der den weltweiten Pflanzenwuchs fördert. Eine Reduktion des CO₂-Gehaltes wäre daher kontraproduktiv: Würde der CO₂-Gehalt in der Luft reduziert, würde auch die Nahrungsmittelproduktion abnehmen. **Der Hunger in der Welt würde verstärkt.**
- E. Die Entscheider der Industrie haben die finanziellen Auswirkungen der hier propagierten Klimapolitik begriffen: Sie haben damit aufgehört, die Politik davon überzeugen zu wollen, dass die Verteuerung der Energie - von den Grünen als „Energierévolution“ bezeichnet - die Konkurrenzfähigkeit untergräbt und Arbeitsplätze vernichtet. Sie haben damit begonnen, ihre Fabriken ins Ausland zu verlagern. Die Entscheidungen darüber treffen nun mal die Firmenchefs, nicht die Politik!
- F. Ebenso wie die Verteuerung der Energie hat diese Verlagerung bereits begonnen.
- G. Der Endverbraucher spürt diese „Grüne-CO₂-Bepreisung“ - Steuer wäre ein gar zu hässliches Wort - inzwischen an der Stromrechnung, an der Tankstelle, beim Kauf von Heizöl, ... Der gewohnte Lebensstandard wird nicht zu halten sein. Hoch qualifizierte Akademiker wandern bereits jetzt ins Ausland und werden durch kaum ausgebildete Zuwanderer ersetzt.
- H. Zählt man die nach dem Programm neu zu schaffenden Organisationen (Institute, Beauftragte, Teams, Beratungsstellen, Anstalten, Forschungsstellen, Agenturen, Plattformen, Kammern, ...) so kommt man in die Gegend von 50. Das widerspricht dem erhobenen Anspruch auf „Vereinfachung von Verfahren“, der etwa ein Dutzend Mal prognostiziert wird. Nach dem Sprachgebrauch der Verfasserin ist das keine Vereinfachung, sondern ein „Aufblähen der Bürokratie“.
- I. Addiert man die Anzahl der Programmpunkte, die Geld kosten und diejenigen, die Geld einbringen, stellt man ein Missverhältnis fest. Das soll offenbar durch neue Staatsschulden abgedeckt werden. Diese belasten die Folgegenerationen, ohne dass hierzu eine aktuelle Not bestünde. Das widerspricht auch dem von der Partei erhobenen Anspruch, „mit dem Geld der Steuerzahler*innen sorgsam umzugehen“.
- J. Die Disposition deutscher Geldmittel erfolgt auch von der EU aus. Die Grünen wollen den EU-Haushalt deutlich ausweiten und mit eigenen Einnahmen ausstatten. Dazu gehören auch Einnahmen des CO₂-Grenzausgleichs. Auch die Besteuerung

von Plastik und Digitalkonzernen und möglichst auch der Finanztransaktionen soll den EU-Haushalt stärken. Man gewinnt den Eindruck, dass bei der grünen Parlamentariergruppe, die die Finanzierungsziele formuliert hat, eine Hausfrau fehlte: Die hätte gewusst, dass Geld, das man nicht hat, auch nicht ausgegeben werden kann.

- K. Die Forderung nach einer 50-Prozent-Quote für Frauen im Auswahlverfahren für das Personal in internationalen Einsätzen, in den international arbeitenden Ministerien sowie im gehobenen und höheren Europäischen Auswärtigen Dienst widerspricht dem ebenfalls geforderten Leistungsprinzip. Die Forderung nach Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern, darf nicht dazu führen, dass damit die gleiche Anzahl von Männern und Frauen für eine bestimmten Aufgabe gefordert wird. Es muss auch hier das Prinzip gelten: Wer eine bessere Leistung erbringt als der andere, muss besser bezahlt, eher befördert werden, ... und zwar unabhängig vom Geschlecht. Es wird sich in der Praxis herausstellen, dass sich für bestimmte Tätigkeiten Frauen besser eignen, bei anderen wiederum Männer.
- L. Die durch Zuwanderer geprägte Verbrechensstatistik wird ignoriert. Die Zuwanderung wird durch das Programm erleichtert.
- M. Bei der Parteipolitik, die in die übrigen Staaten der Welt hineinwirkt, kommt der Eindruck auf, dass die Grünen in erheblicher Weise deutsche Arroganz propagieren: Sie maßen sich an, die Politik anderer Staaten mit eigenen Maßstäben zu messen und zu beurteilen. Die Anderen sollen alles so machen, wie es die Deutschen (Grünen) wollen. Das ist in der deutschen Politik nicht zum ersten Mal vorgekommen.

Mit freundlichen Grüßen

Karin Zimmermann

Am Hang 19

5819 Neunkirchen-Seelscheid

(nicht parteigebunden)

02) „Führerhaus“ - Womit wir uns täglich herumschlagen müssen!



ASG
Asphalt Straßenbau Gesellschaft mbH
Mitgliedsunternehmen des **clav** und der FG Bau BB e.V. **asphalt**
1984

Asphalt Straßenbau Gesellschaft mbH - Gewerberg 26 - 03069 Krieschow



Stadtverwaltung Cottbus
Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Bauen
Fachbereich Immobilien
Karl-Marx-Straße 67
03044 Cottbus

Kolkwitz, 24.05.2021

Ihr Schreiben: Schriftzug Bagger vom 21.05.2021

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Frau Kowatsch,

mit Interesse habe ich Ihren Anruf am Freitag nach 16.00 Uhr in meinem Büro der ASG mbH entgegen- und ihre E-Mail zur Kenntnis genommen und antworte Ihnen hiermit wie folgt:

Ein junger verantwortungsvoller Mitarbeiter hat auf der ihm zur Verfügung gestellten Baumaschine, einem ATLAS-Bagger 180 WSR, eigenverantwortlich und ohne mein Zutun und/oder Zustimmung den Aufkleber „Führerhaus“ am unteren Rand des transparenten Teiles der Tür zur Baumaschine angebracht.

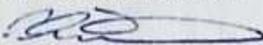
Diesen Teil der Baumaschine nennt man auch in Fachkreisen Führerhaus. So nachzulesen in der ECE R29 oder in den TÜVIS Rili zu § 30 Nr. 8 Rili für die Gestaltung und Ausrüstung der Führerhäuser. Somit ist das Wort Führerhaus in der Fachsprache fest verankert und impliziert keineswegs eine irgendwie geartete politische Aussage.

Für Laien mit einseitiger politischer Ausrichtung bzw. völliger Desorientierung und ohne das Wissen einer weltoffenen Kommunikation und Kultur scheint allein das Wort Führer ein zutiefst verabscheuungswürdiger bzw. anstößiger Begriff zu sein. Als Liebhaber der deutschen Sprache und Kultur kann ich Ihnen versichern, daß dieses einfache Wort fest in unserem Sprachgebrauch verankert ist, siehe Führerschein, Hundeführer, Blindenführer, Lokführer usw. Und dies ohne politischen Auslegungszwang.

Noch größeren Aufklärungsbedarf sehe ich jedoch in der Art der Betrachtung der sogenannten deutschen (gotischen) Schriftform. Am 03.01.1941 ordnete der damalige Führer des deutsche Volkes Adolf Hitler an, die gotische Schriftform, als jüdisch verpönt, zugunsten der „Normal-Schrift“ aufzugeben. Somit kann bei der Verwendung der gotischen Schriftzeichen gerade nicht von einer verfassungswidrigen nationalsozialistischen Gesinnung des Verwenders ausgegangen werden, da ja gerade in der Blütezeit des damaligen nationalsozialistischen Deutschen Reiches diese Schriftform abgeschafft wurde.

Ich werde mich daher keineswegs an einer selbstkasteienden Hexenjagd zum Nachteil der deutschen Sprache und Kultur beteiligen, sondern vielmehr ihren Hinweis verstärkt zum Anlass nehmen, Aufklärung zu betreiben und bitte Sie, es mir gleich zu tun, um unsere schöne, viele hunderte Jahre alte Sprache zu pflegen und auch mit ihren jüdischen Merkmalen zu erhalten.

Mit freundlichen Grüßen



Dipl.-Ing. Frank Pilzecker

PS.: „Das Böse liegt im Auge des Betrachters.“ Aus dem Englischen.

Commerzbank Cottbus IBAN: DE 33 1808 0000 0185 5050 00 BIC: DRESDEFF 180	Sparkasse Spree-Neiße Cottbus IBAN: DE 90 1505 0000 0190 0079 40 BIC: WELAED1CBN	Geschäftsführer: Dipl.-Ing. Frank Pilzecker USt-IdNr. DE 262 709 774	Tel: 035604 - 6 16 10 Fax: 035604 - 6 16 19 E-Mail: info@asg-kolkwitz.de	Registriergericht KG Cottbus HRB 1920 Steuer-Nr. 056/105/02727
--	--	--	--	--

(freundliche Mitteilung von unserem Leser G. D. aus Österreich)